

Gerechtigkeit durch Recht.

60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

SPD

Das soziale
Deutschland.



Gerechtigkeit in Zeiten des Klima- wandels und der Umweltzerstörung.

*Sigmar Gabriel MdB,
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit und Mitglied des
SPD-Parteivorstands*

Das Thema Klimawandel und Gerechtigkeit berührt die wesentliche Frage der Sozialdemokratie: Wie wollen wir miteinander leben und miteinander umgehen? Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit? Sollen sich die Interessen der Stärkeren durchsetzen oder das Gemeinwohlinteresse? Schauen wir nur auf uns oder auch auf alle Menschen dieser Erde?

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung. Die Berichte des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) des vergangenen Jahres haben die Folgen eines umgebremsten Klimawandels klar aufgezeigt. Können wir den Klimawandel nicht stoppen, drohen verheerende Folgen: Wasserknappheit für ein Sechstel der Menschheit, 200 Millionen Klimaflüchtlinge durch Dürren und den steigenden Meeresspiegel, Aussterben von 40% aller Tierarten und der Verlust ganzer Ökosysteme.

Klimawandel ist zutiefst undemokratisch: Er trifft nämlich nicht alle gleichermaßen, sondern die Armen zuerst und am härtesten. Nicht nur in anderen Erdteilen, sondern auch bei uns. Es sind die Armen dieser Welt, die auf der Suche nach Wasser und Nahrung ihre Heimat verlassen müssen. Es sind auch die Armen der Welt, die am stärksten unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben – Dürre, Überschwemmungen, Brände, Stürme treffen immer die Schwächsten einer Gesellschaft. Darum ist der Klima- und Umweltschutz eine zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie, denn er schafft soziale Gerechtigkeit, und zwar heute und morgen, hier und in der ganzen Welt.

Am 10. Dezember 2008 jährt sich die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen zum 60. Mal.

Die bürgerlichen und politischen sowie wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sind tragendes Element jeder zivilisierten Gesellschaft. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass sie heute unverzichtbare Elemente unserer nationalen und globalen Werteordnung sind.

Doch ist der Kampf um die Rechte der Menschen auch heute eine Aufgabe, die sich jeden Tag neu stellt – international wie national.

Wir nehmen den 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum Anlass, um mit dieser Aufsatzreihe grundlegende und aktuelle Menschenrechtsthemen der verschiedenen Politikbereiche zu behandeln.

Gerechtigkeit durch Recht

60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

SPD

Das soziale
Deutschland.

Im Grunde genommen geht es beim Klimaschutz um eine zentrale Frage: Wie lässt sich die weltweit gerechte Versorgung mit ausreichend Energie und Rohstoffen erzielen, ohne dabei das Klima und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören? Auf diese Frage müssen wir Antworten finden, Antworten für die Zukunft, Antworten für die ärmsten Länder dieser Welt und Antworten für hier und heute.

Für die Zukunft

Mehr als alles andere ist der Klimawandel ungerecht gegenüber künftigen Generationen. Was gibt es wohl Ungerechteres, als unsere Erde für die eigenen Kinder in weiten Teilen unbewohnbar zu machen? Ihnen Fortschrittmöglichkeiten zu verbauen, weil alle Gestaltungsspielräume bereits ausgenutzt sind?

Wenn wir für unsere Kinder und Enkelkinder die Auswirkungen der Temperaturerhöhungen auf unserem Planeten in einigermaßen erträglichen Grenzen halten wollen, dann müssen wir bis zur Mitte des Jahrhunderts die globalen Treibhausemissionen um mindestens 50 % verringern. Daran gibt es keinen Zweifel. Und der Treibhauseffekt hat einen langen Bremsweg: Alles, was wir heute in der Atmosphäre deponieren, bleibt dort über Jahrzehnte und potenziert sich. Je später wir ernst machen mit dem Klimaschutz, desto teurer wird er. Und desto mehr Kosten wälzen wir auf unsere Kinder ab. Deshalb müssen wir jetzt beginnen. Klimaschutz schafft Gerechtigkeit für die Zukunft.

Wir müssen Antworten mit den Ärmsten Ländern dieser Welt finden auf die Frage nach der weltweit gerechten Versorgung mit ausreichend Energie und Rohstoffen, ohne dabei das Klima und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.

Für die ärmsten Länder dieser Welt

Die Entwicklungs- und Schwellenländer beschäftigt die Frage, wie sie ihren Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu Energie verschaffen können. Immerhin haben 1,6 Milliarden Menschen heute keinerlei gesicherte Energieversorgung.

Schon heute ist klar, dass sich der Klimawandel nicht vollständig aufhalten lässt. Die internationalen Anstrengungen im Klimaschutz zielen darauf, den weltweiten Temperaturanstieg um 2 Grad Celsius zu beschränken. Um sich vor den bereits heute merklichen Auswirkungen des Klimawandels schützen zu können und entsprechende Anpassungsstrategien zu entwickeln, ist ein gewisses Maß an Wohlstand eines der wichtigsten Faktoren. Um dies mit einem einfachen Bild zu illustrieren: Stabile Häuser halten Extremwetterereignissen besser stand.

Gerechtigkeit heißt hier zuallererst, dass die Industrienationen, vorneweg Europa, die Verantwortung für die Treibhausgasemissionen der Vergangenheit und der Gegenwart übernehmen.

Es ist unsere Aufgabe, als Verursacher nun unseren Beitrag zu leisten, um die Schäden, wenn schon nicht zu beheben, so doch in erträglichen Grenzen zu halten. Und wir werden wohl nicht die Illusion hegen dürfen, dass wirtschaftliches Wachstum in den Entwicklungsländern gänzlich ohne Treibhausgasemissionen funktionieren wird. Durch die Senkung unserer Emissionen werden wir also in der Deponieaufnahmefähigkeit unserer Atmosphäre auch Platz machen müssen für Emissionen aus den Entwicklungsländern. Alles andere wäre unrealistisch.

Gerechtigkeit durch Recht

60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

SPD

Das soziale
Deutschland.

Gleichzeitig geht es darum zu zeigen, dass weltweit eine Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und den Emissionen von Treibhausgasen möglich ist. Wir sind dazu in der Lage, die dafür erforderlichen Energietechnologien so preiswert zu entwickeln, dass sie bei uns und in den ärmeren Regionen dieser Welt einsetzbar sind. Dafür, ebenso wie für die Anpassung an den bereits jetzt stattfindenden Klimawandel werden wir auch Geld zur Verfügung stellen müssen.

Dass sich Deutschland dieser Verantwortung stellt und sich dafür einsetzt, gemeinsam mit der EU die Vorreiterrolle im Klimaschutz beizubehalten, ist ein konkreter Beitrag zur internationalen Gerechtigkeit durch Klimaschutz.

Hier und heute

Entgegen immer wiederkehrenden Presseevents zur Ungerechtigkeit umweltpolitischer Maßnahmen ist klarzustellen:

Konsequent betriebener Umweltschutz trägt zu einer Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit bei. Benachteiligte Haushalte leben oft auch in einer stärker belasteten Umwelt. Verbessert sich die Umweltsituation, verbessert sich auch die soziale Lebenslage. Auf die Frage des Klimaschutzes übersetzt heißt es: Umweltschutz schafft Anpassungsstrategien für den heute schon merklichen Klimawandel, durch die hier wie auch weltweit vor allem die benachteiligten, in Armut lebenden Haushalte geschützt werden müssen.

Umweltschutz schafft neue Arbeitsplätze und verhindert, dass in der Zukunft neue Kosten und Belastungen wegen unterlassener Vorsorgemaßnahmen entstehen.

Wenn wir die zentrale Herausforderung des Klimaschutzes angehen möchten, wie sich die weltweit gerechte Versorgung mit ausreichend Energie und Rohstoffen erzielen lässt, ohne dabei das Klima und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören, werden wir auch über unsere Gerechtigkeitsvorstellungen nachdenken müssen.

Denn unter Wohlstand und Wohlfahrt kann heute nicht nur mehr materieller Wohlstand und entsprechende Ausgleichszahlungen verstanden werden. Auch Kollektivgüter wie saubere Luft und sauberes Wasser, Erhaltung von Naturressourcen, städtische Lebensqualität, flächendeckender öffentlicher Verkehr sind als Bestandteil von Wohlstand und Wohlfahrt anzuerkennen.

Und ebenfalls Bestandteil von Wohlstand und Wohlfahrt ist eine Langfristorientierung in Denk- und Handlungsentscheidungen. Sicherlich kann niemand in die Zukunft schauen oder Sicherheit für die Zukunft garantieren. Aber es ist ein eindeutiges Signal an die kommenden Generationen nötig, heute alles dafür zu tun, dass es morgen noch die gleichen Gestaltungsspielräume zum Leben und Wirtschaften gibt wie heute. Denn Klimapolitik ist auch ein internationales Sicherheitsthema. In Afrika gibt es heute schon mehr Flüchtlinge wegen der Folgen des Klimawandels als durch Krieg. Die Menschen müssen ihre Heimat wegen der Ausbreitung der Wüsten, der Entwaldung und wegen Wassermangels verlassen – und das bei einer Temperatursteigerung von weltweit 0,8 Grad Celsius. Welche Flüchtlingsströme erwarten uns wohl bei 3, 4, 5 oder gar 6 Grad Erderwärmung? Dagegen erleben wir an Europas Grenzen jetzt vermutlich nur einen kleinen „Windhauch“ dessen, was eine weitere Erderwärmung an Flüchtlingsbewegungen auslösen würde.

Zusammenfassen lässt sich feststellen: Klimaschutz ist zwar nicht kostenlos, rentiert sich aber in jedem Falle, wenn man sich die Kosten unterlassenen Klimaschutzes, aber auch kurzfristige

Gerechtigkeit durch Recht

60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

SPD

Das soziale
Deutschland.

Effekte durch Energiesparen und Energieeffizienz betrachtet, und nicht zu vergessen: die Beschäftigungseffekte durch den Klimaschutz.

Klimaschutz schafft finanzielle Spielräume durch sinkende Energieausgaben, z.B. infolge von energetischer Gebäudesanierung, steigender Energieeffizienz und sparsamen Autos: Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat im Rahmen eines Auftrages für die Hans-Böckler-Stiftung errechnet, dass die Verbraucher durch sinkende Energieausgaben sehr viel mehr Geld zur Verfügung haben. Das erhöht die Nachfrage nach anderen Gütern und bringt einer Simulation zufolge 1,8 Millionen neue Zwölf-Monats-Jobs.

Rein theoretisch betrachtet können alle vom Klimaschutz nur gewinnen.

Aber: Mit dem aktuellen Armutsbericht steht nun fest, dass mehr als 1/8 der deutschen Bevölkerung in Armut lebt.

Die SPD nimmt sich dieser wichtigen Frage von Klimawandel und Gerechtigkeit in Deutschland an. Dabei geht es um die Kosten und Anstrengungen des Klimaschutzes, die zu verteilen sind. Entscheidend und wegweisend in Hinblick auf die Gerechtigkeitsfrage ist bei der Diskussion um Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit auch die Frage, wie es um die Teilhabechancen an den Vorteilen, die der Klimaschutz mit sich bringt, bestellt ist. Wer profitiert von den Beschäftigungseffekten? Wer hat überhaupt den finanziellen Spielraum, um in energieeffiziente Technik zu investieren? Welche Haushalte nehmen an den Gebäudesanierungsprogrammen teil?

Christian Bergs und Kollegen 2007 stellen in einer Studie über die Auswirkungen stark steigender Preise für Öl und Gas auf Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW fest, dass der Anteil der Haushaltsangaben für Energie in den ärmsten Haushalten 8,4 % beträgt, in den reichsten dagegen nur 2,8 %. Gleichzeitig wird in dem EU-Verbundprojekt Environmental Policy, Social Exclusion and Climate Change deutlich, dass der Energieverbrauch benachteiligter Bevölkerungsgruppen in der Regel unterhalb des nationalen Durchschnitts liegt. Das heißt: Je ärmer ein Haushalt ist, desto mehr muss er relativ gesehen von seinem Haushaltseinkommen für Energiekosten ausgeben, obwohl dort viel weniger verbraucht wird.

Das gleiche gilt natürlich auch für andere Haushaltskosten wie z.B. Kleidung und Ernährung und ist kein an sich zu beklagender Zustand, sondern resultiert aus der Logik unserer Vorstellung von Leistungsgerechtigkeit. Die Besonderheit bei den Energiekosten ist aber, dass irgendwann der Punkt erreicht ist, an dem der finanzielle Spielraum, in Energieeffizienz zu investieren, nicht mehr vorhanden ist. Das betrifft vor allem Haushalte, die Transferleistungen erhalten.

Wie kann auch diesen Haushalten die Möglichkeit gegeben werden, von den Vorteilen des Klimaschutzes zu profitieren: niedrigere Betriebskosten durch Gebäudesanierung, weniger Stromverbrauch durch sparsamere Geräte und so weiter.

Dies ist nicht allein eine Frage der Umweltpolitik. Hier ist ebenfalls die Sozial- und Kommunalpolitik gefragt und bei den Beschäftigungseffekten außerdem die Bildungs- und Wirtschaftspolitik. Sie müssen gemeinsam mit der Umweltpolitik nach neuen Modellen zu suchen, die Teilhabemöglichkeiten armer und anderer benachteiligter Haushalte am Klimaschutz zu erhöhen und Ausgrenzungsrisiken zu vermindern. Hier sind innovative Ideen gefragt: Z.B. Contracting-Modelle zum Energiesparen.

Gerechtigkeit durch Recht

60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

SPD

Das soziale
Deutschland.

In vielen Kommunen gibt es bereits die so genannten Fifty-fifty-Programme zum Energiesparen in Schulen. Die Schulen werden angeregt, zunächst durch Verhaltensänderungen beim Heizen, Lüften und Beleuchtung Energie zu sparen. 50 % der Einsparungen gehen an den Schulträger zurück, 50 % dürfen die Schulen zur freien Verfügung behalten. Nicht wenige Schulen haben aus den Gewinnen ehrgeizige Programme entwickelt, die finanziellen Spielräume aus den Einsparungen für investive Maßnahmen zum Energiesparen zu nutzen. Warum sollte man nicht für Haushalte, die Transferleistungen erhalten, vergleichbare Modelle entwickeln? Wenn sie einen Teil ihrer eingesparten Energiekosten behalten können, ist das ein Anreiz zum Energiesparen, der sich für diese Haushalte und die Kommunen lohnen kann: Die benachteiligten Haushalte gewinnen mehr finanzielle Spielräume, um vielleicht auch in Energieeffizienz zu investieren. Die Kommunen werden zu einem guten Teil von den Unterkunftskosten entlastet.

Wie viele und welche wegweisenden Projekte und Diskussionen es bereits vor Ort in den Kommunen gibt, ermittelt zurzeit der Deutsche Naturschutzring in einer Umfrage bei seinen Mitgliedsverbänden im Rahmen eines vom Bundesumweltministerium geförderten Projektes. Die daraus entstehende Broschüre wird die theoretische Diskussion um Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit um praktische Beispiele bereichern.

Wir brauchen aber vor allem das Bewusstsein in den Köpfen der Menschen, dass Klimaschutz machbar und ökonomisch sinnvoll ist. Dass jeder Einzelne einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann und das dies vor dem Hintergrund der Gerechtigkeit und Verantwortung für zukünftige Generationen aber auch für die Ärmsten der Welt dringend notwendig ist. Klar ist, dass die einen mehr tun müssen als die anderen. Dass die, die leistungsfähiger sind auch mehr werden schultern müssen.

Mit den Beiträgen zum Klimaschutz, die Europa und Deutschland leisten, tragen sie auch zur Verbesserung der Lebensbedingungen in anderen Teilen der Welt bei. Mit der Entwicklung von Instrumenten für den Klimaschutz, mit der Entwicklung innovativer Umwelttechnologien und deren Einsatz in Schwellen- und Entwicklungsländern schaffen wir mehr Gerechtigkeit und Teilhabe heute und für die Zukunft.